



RAUM DIALOG

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich

Nr. 3/2009

**Bildungsplanung
und Bildungspolitik –
Schlüsselgrößen der
Regionalpolitik**

Thema Bildung
Ein „blinder Fleck“ in der Regionalpolitik?

Seite 4

Lernende Regionen.

Seite 10

Dialog NÖ
Modellprojekt „Verkehrsparsiedlung“.

Seite 16

Dialog lokal
Siedlungsentwicklung und
Finanzausgleich.

Seite 18



aktuell:

Energieausweis: Die ersten 50 Gemeinden gewinnen! Seite 21



Inhalt

IMPRESSUM RAUMDIALOG:

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich.

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER:

Amt der NÖ Landesregierung,
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr –
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

REDAKTION:

Gilbert Pomaroli, Christina Ruland
Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,
Tel.: 02742/9005/14128
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

Redaktionelle Mitarbeit:

Dominik Dittrich, Marianne Vitovec (alle
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik)

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge zu überarbeiten und zu kürzen.

GRAFISCHE KONZEPTION

UND UMSETZUNG:

Horvath Grafik Design, Leobendorf

ÜBERSETZUNGEN:

Mandana Taban

DRUCK:

radinger.print, Scheibbs

ABONNEMENTS UND EINZELBESTELLUNG:

Die Zeitschrift „Raumdialog“ wird kostenlos abgegeben. Abonnements und Einzelbestellungen richten Sie bitte an die Redaktionsleitung
Tel.: 02742/9005/14128
Fax: 02742/9005/14170
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

VERLAGS- UND ERSCHEINUNGSORT:

St. Pölten

OFFENLEGUNG LAUT § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber: Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG DER ZEITSCHRIFT:

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Raumdialog“ informiert über den Stand und die Entwicklung der Ordnung und Gestaltung der räumlichen Umwelt in Niederösterreich.

Thema Bildung

Regionale Disparitäten im Bildungssystem:
Ein „blinder Fleck“ in der Regionalpolitik? 4

Schlüsselgröße Bildung:
Kein „blinder Fleck“ in der NÖ Regionalpolitik! 7

Lernende Regionen: 10
Bildungsansatz in der Regionalentwicklung.

„Dobrý den“ – „Dobrý deň“ – „Jó napot“: 12
Bildungsschwerpunkt „Sprache“ in der Grenzregion.

Junge Uni Waldviertel 2009: 14
Unter freiem Himmel Universitätsluft schnuppern.

Dialog NÖ

Modellprojekt „Verkehrsparsiedlung“: 16
Ein Baustein für umweltfreundliches Mobilitätsverhalten.

Dialog lokal

Siedlungsentwicklung und Finanzausgleich – 18
eine Betrachtung im Lichte der Kostentransparenz.

Energieausweis für Siedlungen:
Erste Erfahrungen in Königstetten. 20

Die ersten 50 Gemeinden gewinnen:
Förderung für den „Energieausweis für Siedlungen“! 21

Infos

archdiploma2009 22
Die Wiener TU-Architekturbiennale rückt die besten Nachwuchs-ArchitektInnen und -RaumplanerInnen ins Rampenlicht!

Zusammenfassung

English Summary 23
Der eilige Leser 24

Bildung als Bindeglied zwischen Mensch und Raum.

Bildung ist ein Grundbedürfnis des Menschen und beeinflusst seine Entwicklung. Mit der Entwicklung des Menschen ist wiederum jene der Region, in der er lebt, verbunden. Bildung hat daher auch einen wesentlichen Einfluss auf Regionalentwicklung und Raumnutzung. Waren früher in erster Linie Klöster Bildungszentren und Motoren für den Fortschritt einer Region, so gilt dies heute für eine Vielzahl von Institutionen, vor allem für Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung.



Regionalpolitische Ansatzpunkte im Bereich Bildung können sehr vielfältig sein und richten sich nach aktuellen Rahmenbedingungen, Bedürfnissen oder Potentialen. So wurde in Niederösterreich etwa der beinahe legendäre Direktor einer landwirtschaftlichen Fachschule zum „Urvater“ des Regionalmanagements und konnte viele innovative Ansätze direkt an die Jugend und ihr Umfeld weitergeben.

Auch aktuelle Beispiele beschreiben Bildung als unverzichtbaren Beitrag zur Regionalentwicklung: Neue wirtschaftliche Chancen im erweiterten Europa beispielsweise können nur durch die Überwindung von Sprachbarrieren genutzt werden – und dies ist eine klassische Bildungsaufgabe. Außerdem bleibt auch die technologische Entwicklung nicht stehen, sodass Bildungs- wie auch Regionalpolitik bestrebt sind, Forschungs- und Ausbildungsstätten auf höchstem Niveau in Niederösterreich ansiedeln zu können.

Bildungs- und Regionalpolitik haben also eine gemeinsame Basis – beide wollen vorhandene Potentiale nutzen – und auch ein gemeinsames Ziel: eine positive, nachhaltige Entwicklung von Mensch und Raum.

Erwin Pröll / Landeshauptmann von Niederösterreich

Bildung und Siedlungs- entwicklung: Planung für eine nachhaltige Entwicklung.

Auf den ersten Blick scheinen Bildung und Siedlungsentwicklung lediglich dadurch miteinander verknüpft zu sein, dass in stark wachsenden Gemeinden regelmäßig zu überprüfen ist, ob die Schulkapazitäten für den Bevölkerungszuwachs noch ausreichen. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich jedoch ein wesentlich vielfältigerer Zusammenhang zwischen diesen beiden Sektoren, die jeden einzelnen Menschen unmittelbar betreffen.



Auf der einen Seite ist die Siedlungsstruktur ein wesentlicher Faktor für das vorhandene Netz der Bildungseinrichtungen und -angebote bzw. seiner Dichte. Je dichter dieses Netz geflochten ist, desto günstiger gestaltet sich seine Erreichbarkeit und desto besser ist die Zugänglichkeit der Bevölkerung zu „ihren“ Bildungseinrichtungen. Unmittelbar abhängig von diesen Zugangschancen sind aber die Möglichkeiten für BewohnerInnen einer Region zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg, was ganz entscheidend ist, wenn es darum geht, regionale Unterschiede abzubauen.

Umgekehrt profitiert auch die Raumordnung von der zunehmenden (Aus-)Bildung ihrer AkteurInnen. Jeder Einzelne beeinflusst durch sein tägliches Verhalten die räumlichen Strukturen ganz wesentlich. Bildung kann jenes Wissen und Bewusstsein um die Auswirkungen der eigenen Entscheidungen und des eigenen Handelns schaffen, das für das Erreichen von Raumordnungszielen von ganz entscheidender Bedeutung ist.

Johann Heuras / Landesrat für Bildung, Jugend und Raumordnung

Regionale Disparitäten im Bildungssystem:

Ein „blinder Fleck“ in der Regionalpolitik?

Der Zugang zu Bildungseinrichtungen nach dem Pflichtschulbereich ist regional sehr unterschiedlich, woraus ein unerwünschter sozialer Selektionsmechanismus entsteht, an dessen Beseitigung noch viel zu wenig konsequent gearbeitet wird.



**Bildung als wesentliche
Voraussetzung für die Zukunft
der Gesellschaft ...**

Ein Bonmot über die Voraussetzungen des schulischen Erfolgs kombiniert die soziale und geographische Herkunft mit der persönlichen Begabung: Wer schulischen Erfolg haben möchte – das heißt in diesem Fall, eine höhere Schulbildung anstrebt – bei dem müssen mindestens zwei der drei folgenden Faktoren zusammentreffen:

- Begabung und Intelligenz
- ein hoher Status der Eltern
- städtischer Lebensraum.

Demnach haben begabte und intelligente Kinder von „statushohen“ Eltern, die im städtischen Raum aufwachsen, die besten Voraussetzungen für den schulischen Erfolg. Mäßig begabte Kinder von statusniedrigen Eltern im ländlichen Raum bilden dazu den Kontrapunkt.

Unterschiedliche Schulbesuchsquote. Es bleibt jedem selbst überlassen, sich entsprechende Kombinationen auszudenken und dafür empirische Bestätigungen zu suchen. Wer dieses gedankliche Experiment durchführt, wird bemerken, dass dem Bonmot sehr viel an empirischer Realität innewohnt. Der Wohnstandort übt einen signifikanten Einfluss auf die Höhe



... wird in der Fachwelt
auch in ihren räumlichen
Zusammenhängen erfasst.

der Schulbildung aus. Dieser Effekt ist klarerweise nicht in der Volksschule mit einer Schulbesuchsquote von 100 % erkennbar, sondern in den Schulstufen mit Wahlmöglichkeiten, also frühestens bei den 10–14-Jährigen, hier aber dafür umso ausgeprägter.¹



Während in Wien 48 % der 10–14-Jährigen eine Allgemeinbildende Höhere Schule besuchen, sind es in den beiden westlichen Bundesländern (Tirol und Vorarlberg) durchschnittlich nur knapp 22 %. Ist damit in Wien die Zahl der SchülerInnen in der AHS-Unterstufe größer als diejenige der HauptschülerInnen, gehen in Tirol und Vorarlberg dreimal so viele 10–14-Jährige in die Hauptschule wie in die AHS-Unterstufe. Nun sind Hauptschulen keine schlechten Schulen, insbesondere im ländlichen Raum nicht, und diese Unterschiede wären daher a priori kaum

negativ zu bewerten, wenn nicht der Übertritt von SchülerInnen von der AHS-Unterstufe zu weiterführenden Schulen deutlich häufiger erfolgte als von der Hauptschule. Die einmal gefassten Bildungsentscheidungen bestimmen auch die folgenden. Die Differenzierung des Schulbesuchs setzt sich daher bei den 15–19-Jährigen fort und verstärkt sich. In Wien und Salzburg befinden sich noch rund 80 % der 15–19-Jährigen weiterhin in einer Schul- oder Lehrausbildung, im Burgenland, in Niederösterreich, in der Steiermark, in Tirol und in Vorarlberg jedoch nur mehr etwa zwei Drittel. In Wien, aber auch im Burgenland besuchen rund 50 % der 15–19-Jährigen eine AHS-Oberstufe oder eine berufsbildende höhere Schule. In Vorarlberg und Tirol beträgt der entsprechende Anteil lediglich 36,6 % bzw. 35,5 %. Abermals zeigt sich auf der Ebene der Bundesländer ein tendenzieller West-Ost-Gegensatz und – viel wichtiger, aber anhand der Bundesländerdaten nur verschwommen erkennbar – ein Stadt-Land-Gegensatz. Die Bundeshauptstadt Wien ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern hinsichtlich der Schulbesuchsquote der 15–19-Jährigen allen anderen überlegen. Auf der Ebene der Bezirke zeigt sich, dass Wien-Umgebung, Eisenstadt, Wiener Neustadt, Linz, Mödling, Salzburg, Klagenfurt, Krems an der Donau, Innsbruck und Graz die höchsten Schulbesuchsquoten bei den 15–19-Jährigen aufweisen. Rund die Hälfte der Jugendlichen dieser Altersgruppe besucht eine Schulform, die zur Hochschulreife führt (vgl. FASSMANN 2002²).

1) Die Schulbesuchsquote ergibt sich aus der Division von SchülerInnenzahl nach einzelnen Schultypen und Schulstufen durch die Anzahl aller Kinder und Jugendlichen der entsprechenden Altersgruppen. Unschärfen ergeben sich aufgrund der mangelnden Übereinstimmung von Schulstufe und Altersgruppe sowie aufgrund des Einflusses der Schülerpendelwanderung.

2) FASSMANN, H. (2002): Räumliche Disparitäten im österreichischen Schulsystem. ÖROK Schriftenreihe 162, Wien.



Kumulative Effekte auf der räumlichen Ebene.

Regional unterschiedliche Schulbesuchsquoten sind das Ergebnis mehrerer kumulativ wirkender Effekte (vgl. FASSMANN, MEUSBURGER 1997, S. 137ff.)³: Der soziale Status des Elternhauses, Vorbilder im lokalen Milieu und die infrastrukturelle Ausstattung mit Bildungseinrichtungen überlagern sich. Wer in einer ländlichen Gemeinde abseits der Ballungsräume aufwächst, hat mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Eltern, die selbst nur eine Pflichtschule absolviert haben. Mit Ausnahme einiger weniger Personen lernen Kinder und Jugendliche in diesem Milieu seltener Repräsentanten qualifizierter Berufe aus eigener Anschauung kennen. Die Eltern sind möglicherweise schlechter informiert und aus finanziellen Überlegungen heraus nicht bereit, eine lange Ausbildung ihrer Kinder zu bezahlen. Dazu kommen noch lange Schulwege, die auch für die Kinder selbst eine Belastung darstellen können. Ein Großteil der Kinder wird daher nach der Pflichtschule nicht in eine weiterführende Schule übertreten. Angesichts der oftmals eingeschränkten Arbeitsmöglichkeiten auf dem Land ist das auch eine „rationale“ Entscheidung. Jede höhere Schulausbildung würde nämlich brachliegen, wenn einer Beschäftigung auf dem regionalen Arbeitsmarkt der Vorzug gegenüber einer adäquaten und besser entlohnten Stelle außerhalb der Region gegeben wird. Im umgekehrten Fall wäre Abwanderung die Folge.

Kinder und Jugendliche, die dagegen in einer Großstadt aufwachsen, haben zu einem höheren Prozentsatz bereits höher qualifizierte Eltern. Diese Eltern haben im Rahmen ihrer Berufstätigkeit erkannt, wie wichtig eine gute Ausbildung ist und schicken ihre Kinder zu einem höheren Prozentsatz auf weiterführende Schulen. Bei Auftreten der ersten schulischen Krisen werden die Kinder auch nicht gleich aus der Schule genommen und in die Erwerbstätigkeit geschickt, sondern solche Krisen werden überbrückt. Der real entstehende und mentale „Preis“ für den

Schulbesuch ist angesichts der geringen Pendeldistanzen auch niedrig. Der Schulbesuch ist für Kinder im städtischen Raum um vieles weniger Luxus und Anstrengung als für Kinder und Jugendliche in ländlichen Gebieten.

Ausblick und Herausforderung. Die sozialen Transfers der öffentlichen Hand sind in der Regel räumlich neutral. So richtet sich etwa das Arbeitslosengeld nur nach dem letzten Aktiv Einkommen und nicht nach den realen Lebenshaltungskosten am Wohnstandort. Auch die geplante bedarfsorientierte Mindestsicherung wird keine direkte Rücksicht auf den Wohnstandort nehmen. Mit der schulischen Bildung, die über die Pflichtschule hinaus geht und ebenso von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt wird, verhält es sich anders. Sie wird selektiv an ausgewählten Orten zur Verfügung gestellt, was den Bildungszugang in Abhängigkeit zum räumlichen Wohnstandort ungleich macht.

Über den räumlichen Standort der Kinder und Jugendlichen erfolgt eine erhebliche bildungsspezifische Selektion, die in weiterer Folge Auswirkungen auf die berufliche Positionierung, das Einkommen und die soziale Stellung haben wird. Es ist beachtlich, wie wenig dieser Mechanismus der gesellschaftlichen Selektion in der medialen und politischen Öffentlichkeit diskutiert wird: „Ohne erkennbare politische Reaktion findet in Österreich ein Prozess der sozialen Auslese statt, der weder dem individuellen Bürgerrecht auf Bildung noch den volkswirtschaftlichen Interessen einer ‚Bildungsgesellschaft‘ an der Mobilisierung ihrer ‚Begabungsreserven‘ gerecht wird“ (GRUBER 1997, S. 88)⁴. Nicht dass in jeder Gemeinde die volle Palette an Bildungseinrichtungen angeboten werden kann, aber eine aktive und kritische Diskussion über Standorte von schulischen Einrichtungen, zumutbare Pendeldistanzen und Maßnahmen zur Hebung von Schulbesuchsquoten wäre angebracht.

³) FASSMANN H., MEUSBURGER P. (1997): Arbeitsmarktgeographie. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im räumlichen Kontext. Stuttgart, Teubner.

⁴) GRUBER, K. H. (1997): Das Unbehagen in der (Schul-)kultur. Ein Statement zur verdrängten Krise der Sekundarstufe I. In: Informationen zur Politischen Bildung 12, S. 15 – 30.

Schlüsselgröße Bildung:

Kein „blinder Fleck“ in der NÖ Regionalpolitik!



Für eine wirtschaftlich konkurrenzfähige und sozial gerechte Gesellschaft ist die Wissensvermittlung von zentraler Bedeutung: Zum einen sind Humankapital und Kreativität der Bevölkerung wesentliche „Motoren“ für Innovationen und somit wichtige Standortfaktoren. Zum anderen ist dafür Sorge zu tragen, dass das Bildungsangebot für alle sozialen Gruppen zugänglich und leistbar ist.

Im Bereich „Bildung und Wissenschaft“ wird in Niederösterreich mit verschiedensten Maßnahmen an einer gut aufgestellten und vernetzten Bildungsplanung gearbeitet, wobei folgende Herausforderungen zu berücksichtigen sind:

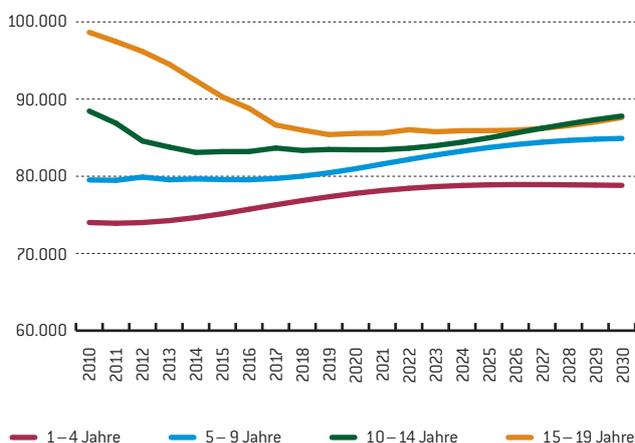
- Aufgrund der sich rasch ändernden Rahmenbedingungen ist eine Voraussage und Planung des regionalen Bildungs- und Qualifikationsbedarfs schwierig – es braucht flexible Konzepte und Strategien.
- Aktuelle Prognosen lassen eine regional unterschiedliche Entwicklung der SchülerInnenzahlen mit einem Rückgang in einigen Regionen des Landes und einem Zuwachs in den Stadtregionen (vor allem im Umland von Wien) erwarten. Hier zeichnen sich starke Veränderungen ab.
- Die Schulen werden sich von reinen Bildungsinstanzen zunehmend zu Institutionen mit umfassender gesellschaftlicher Bedeutung entwickeln, wie etwa im Bereich der Betreuung von Kindern und Jugendlichen außerhalb der regulären Unterrichtszeiten. Es kommt hier zu einem neuen Rollenverständnis.



● Durch eine steigende Lebenserwartung sowie schnell ablaufende Innovations- und Technologiezyklen werden die Themen „Weiterbildung und Lebensbegleitendes Lernen“ in Zukunft noch wichtiger.

Schulen im Blickpunkt. Im Bereich der Pflicht- und weiterführenden Schulen gilt es, auf demographische Veränderungen mit geeigneten Anpassungsmaßnahmen zu reagieren. Je nach Entwicklung der SchülerInnenzahlen ist ein Neu- bzw. Ausbau (im Bereich der Stadtregionen) bzw. eine gezielte Dimensionierung der Schulstandorte (in anderen Regionen) erforderlich. Auch die attraktive Gestaltung des Schulumfelds zur Versorgung der Kinder und Jugendlichen nimmt einen hohen Stellenwert in den bildungspolitischen Überlegungen des Landes ein. Hier sind laufend strategische Weiterentwicklungen bei der Nachmittagsbetreuung, den Schulwegbedingungen oder den Sport- und Freizeitangeboten vorzunehmen.

Prognose der Entwicklung der unter 20-jährigen Bevölkerung in Niederösterreich 2010–2031



Quelle: Statistik Austria, Bearbeitung: Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik

Ein Leben lang lernen. Auch Weiterbildung gewinnt aufgrund des demographischen Wandels sowie der kürzeren technologischen Entwicklungszyklen an Bedeutung. Daher wird der Bereich Erwachsenenbildung auf vielfältige Weise laufend reformiert und ausgebaut, etwa über die regionale Abstimmung der Bildungsangebote zwischen den Anbietern, die Vermeidung teurer Konkurrenzlösungen oder die Absicherung der Ehrenamtlichkeit. Zudem zeigen insbesondere Investitionen in die Weiterbildung nachweisbar positive Effekte auf das Wachstum der Wirtschaft.

Der tertiäre Bildungssektor hat in Niederösterreich in den letzten Jahren einen dynamischen Wachstumsprozess erfahren. So wurden in Niederösterreich seit dem Jahr 1993 an fünf Standorten Fachhochschulen mit unterschiedlichsten Aus- und Weiterbildungsangeboten geschaffen. Im Jahr 1994 erfolgte die Gründung der Donau-Universität Krems. Mit dem Institute of Science and Technology (I.S.T. Austria) wurde erst kürzlich ein weiterer bildungs- und regionalpolitischer Akzent gesetzt. Parallel dazu wird am Aufbau bzw. der Festigung von Kooperationen zwischen den tertiären Einrichtungen und der Wirtschaft gearbeitet. Dadurch soll der Standort Niederösterreich gezielt weiterentwickelt und die Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden.

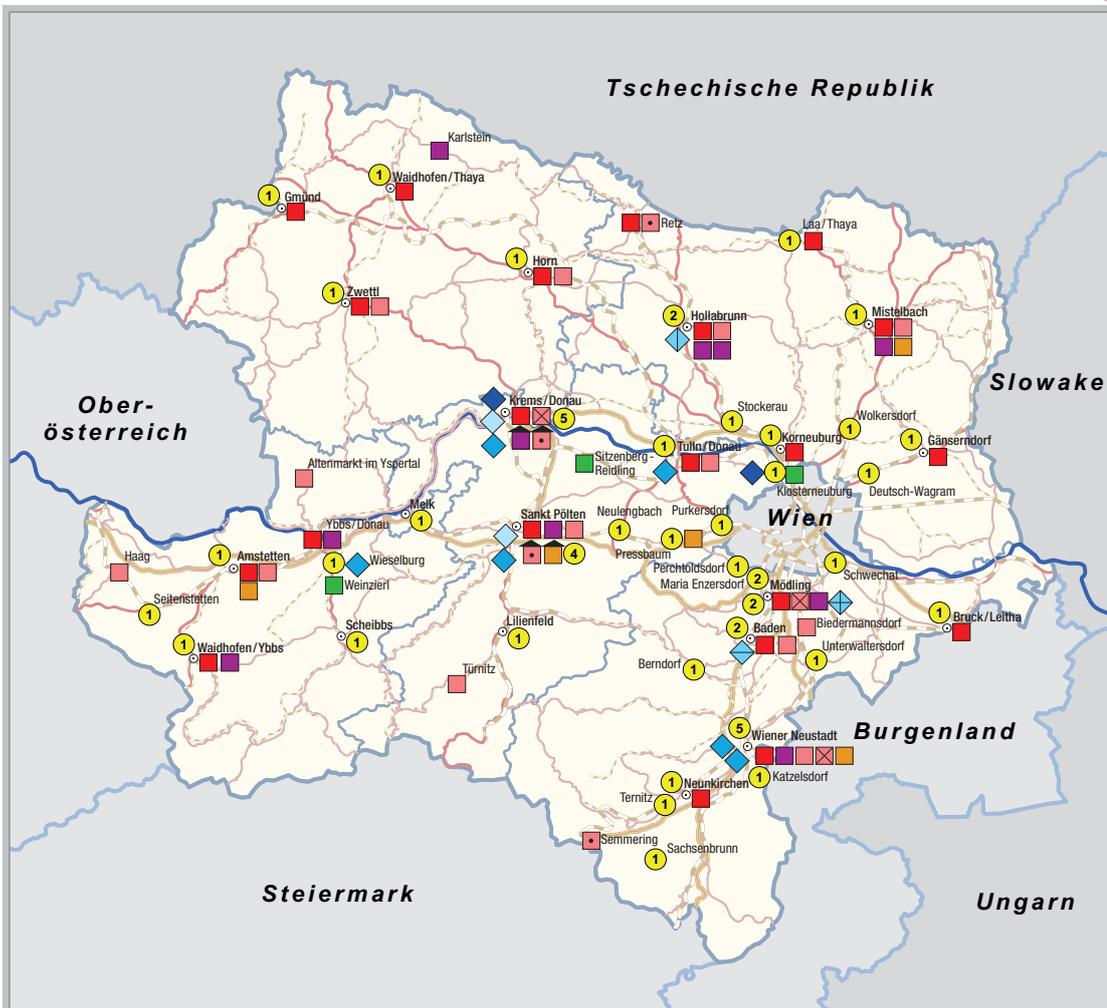
Humanressourcen als Standortfaktor. Die unterschiedliche Ausgestaltung mit Humanressourcen bestimmt die wirtschaftliche Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen in einem hohen Ausmaß. Bildung bringt technologische und wirtschaftliche sowie soziale und kulturelle Kompetenz in die Region. Jede qualitative Verbesserung des Humanvermögens durch den Ausbau schulischer Infrastruktur vor Ort fördert daher die Standortqualität und verhindert die Abwanderung von qualifizierten Kräften. Zusätzlich wurden seitens des Landes Niederösterreich Strukturen geschaffen, um die breit gestreute Schul-, Bildungs- und Forschungsinfrastruktur miteinander zu vernetzen. Dies stellt aus Sicht des Landes eine notwendige Vorleistung dar, um Standortqualitäten und ein innovatives Milieu vor Ort zu erzeugen.



Auch in der NÖ Regionalpolitik werden die räumlichen Dimensionen der Bildungsentwicklung beachtet.

Breites Bildungsangebot für vielfältige Herausforderungen. Bildungseinrichtungen tragen dazu bei, die Unterschiede sowohl im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau, als auch bei der Lebensqualität der Regionen auszugleichen, da sie das Qualifikationsniveau der Bevölkerung heben und ihr einen breiten Zugang zu Arbeitsmarkt und höherem Einkommen ge-

währen. Die Vielfalt an Aktivitäten des Landes Niederösterreich rund um das Thema Bildung beweist einmal mehr die Vorreiterrolle, die unser Bundesland in diesem wichtigen Sektor übernimmt.



AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG

Höhere Schulen und Hochschulbereich Schuljahr 2008/09

Allgemeinbildende höhere Schulen
 1 Anzahl der Langformen und Oberstufenformen (AHS, ORG)

Berufsbildende höhere Schulen

- Höhere technische Lehranstalt
- Handelsakademie
- Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe (HLBA)
- Höhere Lehranstalt für Mode und Bekleidungstechnik
- Höhere Lehranstalt für Tourismus
- Höhere landwirtschaftliche Lehranstalt
- Bildungsanstalt für Kindergarten- und/oder Sozialpädagogik

Tertiärer und postsekundärer Bildungsbereich

- Fachhochschule oder Filiale
- Donau-Universität Krems
- New Design University
- Pädagogische Hochschule, Berufspädagogisches Institut
- I.S.T Austria
- Kolleg

Quelle: Landesschulrat für Niederösterreich, eigene Erhebung
 Verwaltungsgrenzen: BEV, GR. L. 1025 Wien, NÖGIS
 Berichterstattung: Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
 Datum: Jänner 2009
 Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Urhebers

Lernende Regionen:

Bildungsansatz in der Regionalentwicklung.

LERNENDE REGIONEN wurden als eigene Förderungsmaßnahme in das Programm Ländliche Entwicklung 2007 bis 2013 implementiert und sind ein Ansatz zur Förderung des Lebenslangen Lernens, der speziell in Deutschland bereits seit Jahren umgesetzt wird.



Den Weg von den ersten mühsamen Schritten ...

Gerade die regionale Ebene bietet viele Vorteile im Sinne des Bemühens „Bildung näher zu den Menschen zu bringen“ (EU-Memorandum zum Lebenslangen Lernen 2000). LERNENDE REGIONEN ermöglichen, den Themenkomplex „Lebenslanges Lernen“ in der Region strategisch und bedarfsgerecht zu entwi-

ckeln. Die interessierten AkteurlInnen arbeiten gemeinsam an den Herausforderungen für die Region zu diesem Thema, legen Ziele und Schwerpunkte fest und entwickeln Projekte im Bereich Bildung bzw. Wissen und setzen diese auch um. Die LERNENDEN REGIONEN vereinen den Ansatz des Lebenslangen Lernens mit der eigenständigen Regionalentwicklung.

Bildung ist Programm. Im Österreichischen Programm für die Ländliche Entwicklung 2007 bis 2013 (LE 07 bis 13) ist die „Lernende Region“ eine eigene Maßnahme mit dem Ziel, einen Beitrag zur Zukunftssicherung des ländlichen Raums zu erreichen. Angestrebt wird dabei die Vergrößerung der Lernchancen auf der Ebene der Bevölkerung in der Region aber auch der beteiligten Institutionen sowie der Region als Ganzes.

Unterstützt werden folgende Maßnahmen:

- Entwicklung einer Lernstrategie für die Region
- Umsetzung von Pilotprojekten sofern sie mit den Zielen des Programms LE 07 bis 13 in Zusammenhang stehen
- Unterstützung für ein Management der Lernenden Region
- Öffentlichkeitsarbeit
- Studien und Evaluierungen, die mit der Gesamtstrategie in Zusammenhang stehen

Bildung ist Strategie. Am Beginn ist es erforderlich, dass eine Region, die eine LERNENDE REGION werden möchte, an der Entwicklung einer Lernstrategie arbeitet. Im Rahmen dieses Prozesses entsteht in der Regel auch ein Netzwerk, das von Partnern aus unterschiedlichen Bereichen getragen wird. Das Netzwerk erleichtert durch die verschiedenen Betrachtungsweisen der Beteiligten eine bessere Regionalsicht und ermöglicht auch ein Bündeln von Ressourcen, Ideen und Angeboten.



... in der Region
gemeinsam entwickeln.

In Niederösterreich sind die LERNENDEN REGIONEN ein wichtiges Thema des aktuellen LEADER-Programms und werden daher in enger Vernetzung mit den LEADER-Regionen umgesetzt. Schon bei der Erstellung der lokalen Entwicklungsstrategien im Jahr 2007 haben sich die LEADER-Regionen mit dem Thema Qua-

lifizierung auseinandergesetzt, sodass bereits strategische Ansätze vorhanden sind, auf deren Basis die Lernstrategie erstellt werden kann.

Neben den Projekten, die zur Umsetzung der Schwerpunkte entwickelt werden, gibt es so genannte Grundleistungen, die Bestandteil jeder LERNENDEN REGION sein



... zu neuen bildungspolitischen
Horizonten ...

sollten und daher am Beginn der Netzwerkarbeit für die Region festzulegen sind.

Diese Grundleistungen sind im Konkreten:

- Abstimmung der Bildungsangebote
- Sicherung einer regionalen Grundversorgung an Weiterbildungsangeboten
- gemeinsame Bildungsinformation
- gemeinsames Bildungsmarketing
- Bildungsberatung

NÖ Regionen auf dem Bildungsweg. In Niederösterreich haben bereits zwei Regionen – Südliches Waldviertel-Nibelungengau und Weinviertel-Manhartsberg – den Strategieentwicklungsprozess abgeschlossen und können als LERNENDE REGIONEN bezeichnet werden. Zehn weitere Regionen – Waldviertler Grenzland, Weinviertel-Ost, Weinviertel-Donauraum,

Wachau, Mostviertel Mitte, Donauland-Traisental-Tullnerfeld, Moststraße, Triestingtal, Niederösterreich Süd und Römerland-Carnuntum – sind bereits in der Strategie-Erstellungsphase.

Die in den Regionen stattfindenden Prozesse im Rahmen der Strategiefindung werden intensiv besucht, und es erfolgt eine aktive Beteiligung zur Entwicklung von Verbesserungen und möglichen Projekten von den verschiedensten Gesellschaftsgruppen. Positiv hervorzuheben ist die intensive Beteiligung der verschiedenen Erwachsenenbildungseinrichtungen, der schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen und auch des AMS. Sehr bewährt hat sich die Begleitung des Prozesses durch einen externen Berater, dem neben der Moderation der Prozesse auch die schriftliche Ausformulierung des Strategie-Dokuments übertragen wird. Da im Rahmen der regionalen Workshops und Arbeitsgruppensitzungen von den TeilnehmerInnen in der Regel in Projekten gedacht wird, besteht das Erfordernis, daraus die strategische Ausrichtung für die Region abzuleiten. In dieser Hinsicht ist die Lokale Aktionsgruppe (LAG) und insbesondere das LAG-Management gemeinsam mit externen BeraterInnen gefordert.

Qualitätssicherung garantiert. Zur Sicherung der Qualität der Strategien erfolgt am Ende ein Abstimmungsprozess mit der Abteilung Landwirtschaftsförderung, bei dem auch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, das Österreichische Institut für Erwachsenenbildung, die NÖ Wirtschaftsagentur ecoplus sowie die Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft eingebunden sind.

Bis Ende 2009 werden die meisten Strategieprozesse der NÖ Regionen abgeschlossen sein. Voraussichtlich werden sich in Niederösterreich 14 der insgesamt 18 LEADER-Regionen dieser neuen Herausforderung der LERNENDEN REGION stellen. Ab dem Jahr 2010 liegt dann der Schwerpunkt bei der Netzwerkarbeit sowie der Ausarbeitung und Umsetzung von Projekten. ■

„Dobrý den“ – „Dobrý deň“ – „Jó napot“: *Bildungsschwerpunkt „Sprache“ in der Grenzregion.*

Die Kommunikation mit den Nachbarländern fällt nicht immer leicht, ist jedoch Basis für eine gute Zusammenarbeit und sollte daher gerade in Grenzregionen tägliche Praxis sein.



Fotos: autore video film

Durch den Beitritt der Nachbarländer Tschechien, Slowakei und Ungarn zur Europäischen Union haben Niederösterreichs Grenzregionen neue Chancen und Perspektiven gewonnen – in wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht. Um diese Chancen richtig nutzen zu können, gilt es, auch die Regionalentwicklung dies- und jenseits der Staatsgrenzen aufeinander abzustimmen. Dazu gehören beispielsweise die Vorbereitung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts oder Partnerschaften in unterschiedlichen Arbeitsbereichen.

Sprache: von der Barriere zum verbindenden Element. Diese Formen der Zusammenarbeit werden jedoch häufig von sprachlichen Barrieren behindert, das heißt, die Zusammenarbeit – etwa von Vereinen, Organisationen oder Betrieben – scheitert oft am Fehlen von sprachlichen Grundkenntnissen. Das Land Niederösterreich setzt daher – mit Unterstützung der EU-Förderprogramme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

– auf eine intensive Sprachenoffensive, um den sprachlichen Horizont der Bevölkerung zu erweitern und ihnen so unter anderem neue Chancen zu ermöglichen. Entsprechende Projekte wurden bereits in der vergangenen Programmperiode über INTERREG IIIA umgesetzt und finden im Programm zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit ihre Fortsetzung.

NÖ Sprachkompetenzzentrum. Dieses europäische Erfolgsmodell (www.sprachkompetenz.at) gibt es bereits für die Kooperation mit der Slowakei und wird nun auch für die Zusammenarbeit mit Tschechien installiert. Als Infodrehscheibe zu Sprachkursangeboten und Lehrmitteln soll in allen Ausbildungsstufen das flächendeckende Erlernen der Nachbarsprachen und so eine Erhöhung der Sprachkompetenz ermöglicht werden. Dies verbessert auch die grenzüberschreitende berufliche Mobilität vor allem von Jugendlichen und unterstützt den interkulturellen Austausch. Aber auch die Aufwertung der beruflichen Qualifikation durch zielgruppenspezifische Sprachkursangebote sowie der Ausbau bestehender Netzwerke im Bereich der Sprachdienstleistungen sind Aufgaben des Sprachkompetenzzentrums. Die entsprechenden Projekte wenden sich daher an Lernende und Lehrende in Kindergärten oder Schulen aller Ausbildungsgrade, aber auch an Einrichtungen der Erwachsenen- oder Weiterbildung.

Interkulturelle Bildung für Kinder und Erwachsene. Bereits über die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA wurden erste Versuche zur Implementierung von Tschechisch und Slowakisch in Kindergärten der Grenzregion unternommen. Diese Projekte werden fortgeführt und auch in den Nachbarregionen umgesetzt, wo nun in tschechischen bzw. slowakischen Kindergärten Deutsch unterrichtet wird. Im Zuge unterschiedli-



Foto: REI/Industriejournal

Der Einsatz bei einem
grenzüberschreitenden Praktikum
wird prämiert.

cher Kooperationsprojekte soll in der gewohnten Umgebung der Anreiz für Kinder und Erwachsene entstehen, die andere Sprache zu nutzen. Durch die Arbeit von muttersprachlichen MitarbeiterInnen gewinnen alle Beteiligten – PädagogInnen, Kinder und Eltern – mehr Wissen über Land und Leute, Brauchtum und Traditionen. Dadurch werden Vorurteile reduziert und negative Werthaltungen hinterfragt. Daher wird neben der Ausbildung der Kinder auch auf Weiterbildung für Erwachsene gesetzt, etwa durch Verbesserung der beruflichen Qualifikation im Zuge zielgruppenspezifischer Sprachkurseangebote.

EDUCORB* – Ungarisch für Kleine und Große.

Auch diese grenzüberschreitende Bildungskooperation (www.educorb.at) zielt auf die nachhaltige Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen in der Grenzregion sowie auf die Förderung sprachlicher, kultureller und wirtschaftlicher Kompetenzen der Kinder bzw. Jugendlichen ab und wendet sich neben Kindergärten und Schulen auch an schulische Übungsfirmen. Ein Kooperationsnetzwerk solcher Übungsfirmen unterstützt durch Feriapraktika den Aufbau grenzüberschreitender Handels- und Wirtschaftskennntnisse im österreichisch-ungarischen Wirtschaftsraum.

Seit Mitte Februar 2009 wird in zwei Pilotkindergärten von einer muttersprachlichen Kindergartenpädagogin die ungarische Sprache vermittelt. In weiterer Folge werden grenzüberschrei-

*) Educational Cooperation in the Border Region



Foto: REI/Industriejournal

tende Exkursionen für die Kindergartengruppen angeboten. Im Bereich der Schulen werden Schulpartnerschaften, grenzübergreifende Schulprojekte sowie regionale Förderprogramme unterstützt. Weiters werden kostenlose Lehr- und Arbeitsbücher, Hör-CDs, Vokabeltrainer auf CD-ROM und Online-Übersetzungsmöglichkeiten geboten. Ein Netzwerk der SprachlehrerInnen sichert die Qualität des Ungarischunterrichts.

Neue Horizonte – neue Perspektiven. Durch grenzüberschreitende Aktivitäten und das Erlernen einer Nachbarsprache werden die Menschen in Grenzregionen – allen voran Kinder und Jugendliche – mit wichtigen Schlüsselqualifikationen ausgestattet. Der Alltag im Grenzland lässt sich vielseitiger gestalten und bewältigen, das gegenseitige Verständnis wächst, Ressourcen in Umwelt und Wirtschaft kommen einem breiteren Nutzerkreis zugute, und vor allem kommende Generationen werden auf ein (Berufs)Leben im erweiterten Europa bestens vorbereitet.

Insgesamt haben bisher etwa 22.000 SchülerInnen und rund 8.000 Kindergartenkinder von der NÖ Sprachenoffensive profitiert. Diese Zahlen sind nicht nur eine gute Basis für die Weiterführung von Sprachkompetenzprojekten im Grenzraum. Sie erlauben auch einen optimistischen Blick in die Zukunft, wenn es darum geht, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Herausforderungen vor allem in Grenzgebieten im gemeinsamen Dialog zu bewältigen und auf dieser Basis Niederösterreich und seine Regionen weiter zu entwickeln, denn die verantwortliche Generation von morgen ist gerüstet.

Junge Uni Waldviertel 2009:

Unter freiem Himmel Universitätsluft schnuppern.



Foto: Junge Uni der FH Kretz

Die Kooperation der Kleinregionen des Waldviertels wird im Bildungsbereich aktiv und bietet eine Jugenduniversität an, die nicht nur zu einer universitären Ausbildung anregt, sondern den bilateralen Austausch fördert.



Foto: Junge Uni der FH Kretz

„Was macht mein Knie, wenn ich mit meinem Snowboard Schwünge fahre? Wie stelle ich anhand von knochentrockenem Ausgrabungsmüll fest, welche Lieblingsspeisen unsere Vorfahren hatten? Was macht den Mythos des Geldes aus? Das Waldviertel mit Sonne, Sand und Meer?“ – diesen und ähnlichen Fragen gingen im heurigen Sommer österreichische und tschechische 11- bis 14-Jährige gemeinsam mit UniversitätsprofessorInnen im nördlichsten Niederösterreich nach.

Vielseitiges Erlebnis. Im Rahmen der ersten grenzüberschreitenden Jugenduniversität Niederösterreichs – einem Begleitprojekt der NÖ Landesausstellung 2009 – tauchten von

10. bis 14. August 2009 in Raabs an der Thaya österreichische und tschechische Jugendliche in ungezwungener Atmosphäre miteinander in die Welt der Wissenschaft ein – und das meist nicht in „verstaubten“ Universitäts Hörsälen, sondern so oft wie möglich unter freiem Himmel. „Studienfächer“ waren dabei unter anderem Zeitgeschichte, Literatur, Buchwissenschaft, Anthropologie, Archäologie, Geologie, die Stadt Telč, Tourismus, Ökonomie, Medizin und Gesundheit.

Nicht nur der Zugang zur Wissenschaft stand dabei im Vordergrund, auch soziale, länderübergreifende Kontakte zwischen den Jungstudierenden, den ProfessorInnen und dem Organisationsteam wurden gefördert. Natürlich wurde die Umsetzung auch von wirtschaftlichen Überlegungen getragen. 118 Jugendliche, deren Eltern, ein 25-köpfiges Organisations- und Betreuungsteam sowie 23 ProfessorInnen aus dem Waldviertel, Wien, der Steiermark, Deutschland und der Region Vysočina haben in dieser Woche Raabs frequentiert. Sie haben unter anderem das neu eröffnete Jugendgästehaus kennen gelernt und Raabs mit seinem wunderbaren historischen Kern als attraktive Ausflugsdestination erlebt.

Peripherie am Puls der Wissenschaft. Der Hauptbeweggrund für die Durchführung der Jungen Uni Waldviertel ist die Schaffung einer Bildungsstätte im ländlichen Raum, die im Besonderen junge Menschen anspricht. Universitäten sind aufgrund der besseren Infrastruktur in größeren Städten angesiedelt. Jugendliche aus stadtfernen Gebieten müssen, so sie ein Studium absolvieren möchten, die Region verlassen – und gehen



Gemeinsam und mit Freude
nach neuen Horizonten greifen.

damit der Region meist „verloren“ – oder sie müssen lange Anfahrtswege auf sich nehmen.

Jugenduniversitäten haben aber auch das Ziel, junge Menschen für die Wissenschaft und Forschung zu begeistern. Bereits in frühen Jahren sollen Kinder bzw. Jugendliche auf akademische Ausbildungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht und Schwellenängste abgebaut werden.



Foto: Junge Uni der FH KREMS

In den Bezirken Gmünd, Waidhofen/Thaya und Zwettl ist die Akademikerquote mit 1,9 bis 3,0 % weit unter dem Mittelwert aller österreichischen Bezirke, der bei 4,3 %* liegt. Umso wichtiger ist es, den Jugendlichen im ländlichen Raum die Möglichkeit zu eröffnen, einen Universitätsbetrieb bereits vor der Matura kennen zu lernen. Durch die Junge Uni Waldviertel wird der Weg zum Studium

über einen ungezwungenen, altersgerechten Einblick in die Welt der Wissenschaft geebnet.

Gemeinschaftsaktion für die Jugend. Da in Raabs keine Universität beheimatet ist, wurde in Kooperation mit der IMC Fachhochschule KREMS, der Polytechnischen Hochschule Jihlava und der Grundschule Telč das Konzept für die Junge Uni Waldviertel erarbeitet. Die durchführende Organisation war der Projektverein Waldviertel, der sich aus den Kleinregionen des Waldviertels und somit aus allen 99 Gemeinden dieser Hauptregion zusammensetzt. Die Kleinregion Zukunftsraum Thayaland, die Stadt Horn, das Amt der NÖ Landesregierung und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung unterstützten

die Umsetzung des Projekts auch finanziell, und ohne die Mithilfe der Stadt Raabs bei den Organisationsarbeiten sowie einige Sachspenden von Sponsoren wäre eine Junge Uni Waldviertel ein sehr kostspieliges Vergnügen.

Die Junge Uni Waldviertel wird als Katalysator für die Region gesehen, der eine weitere Bildungsstätte ins Waldviertel bringt, im grenzüberschreitenden Bereich wirkt und junge Menschen anspricht, die ihre Ausbildungslaufbahn noch nicht festgelegt haben.

Fortsetzung folgt. Eine Weiterführung der Jungen Uni Waldviertel 2010 ist bereits in Planung, und das Interesse der Eltern, der Jungstudierenden sowie der ProfessorInnen, aber auch die positive Zusammenarbeit mit der Jungen Uni der FH KREMS und den tschechischen Partnern sind gute Voraussetzungen für eine Weiterführung.

junge uni
waldviertel



Wo wir sind, ist oben.



Foto: Helmut Lucklinger

*Statistik Austria, Volkszählung 2001, Akademikerquote nach Polit. Bezirken



Modellprojekt „Verkehrsparsiedlung“:

Ein Baustein für umweltfreundliches Mobilitätsverhalten.

Die Planung von Wohnbauten spielt für die Verkehrsentwicklung eine genauso große Rolle wie die Planung von Einkaufszentren oder Betriebsstandorten. Dabei ist nicht nur die Standortwahl ein wichtiger Einflussfaktor, sondern auch die Gestaltung vieler baulicher Details. Das Land Niederösterreich unterstützt Städte und Gemeinden bei der Errichtung klimafreundlicher Verkehrsparsiedlungen.

Wir suchen ein Vorzeigeprojekt für eine Verkehrsparsiedlung in Niederösterreich. Städte oder Gemeinden, die in nächster Zeit bei der Ausschreibung eines Architekturwettbewerbs für eine Wohnsiedlung die Aspekte der klimafreundlichen Mobilität besonders berücksichtigen, sollen sich bei uns melden und können mit maßgeblicher fachlicher und finanzieller Unterstützung des Landes für die Durchführung des Wettbewerbs rechnen,
so Landesrat Johann Heuras.

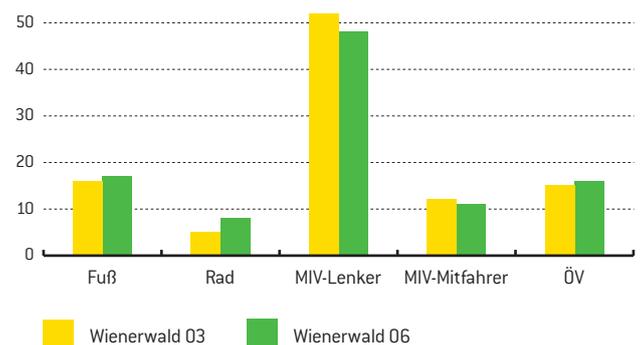
Während es bei Wärmedämmung und Energieeffizienz von Wohnbauten signifikante Fortschritte gibt, spielt die klimafreundliche Mobilität bei der Bauplanung nach wie vor noch eine untergeordnete Rolle. Zwar werden die individuellen Verkehrsbedürfnisse mitgedacht, das beschränkt sich aber in der Regel auf den motorisierten Individualverkehr sowie auf Art und Anzahl der erforderlichen Kfz-Stellplätze. Mit dieser Vorgangsweise werden allerdings die Ziele des NÖ Landesverkehrskonzepts nicht hinreichend bedacht, denn diese lauten:

- Verkehr **vermeiden** (nämlich den Kfz-Verkehr)
- Verkehr **verlagern** (auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel)
- Verkehr **verbessern** (im Hinblick auf Umweltfreundlichkeit und Verkehrssicherheit)
- (sinnvollen) Verkehr **fördern**

Nicht zu Unrecht stehen dabei die Ziele „Vermeiden“ und „Verlagern“ an erster bzw. zweiter Stelle.

NÖ-Erfolgsmodell „Verkehrsparen“. Der Begriff „Verkehrsparen“ wird von der Fachwelt seit den erfolgreichen Projekten „Verkehrsparen Langenlois“ und „Verkehrsparen Wienerwald“ vor allem mit bewusstseinsbildenden und motivierenden Maßnahmen für ein umweltfreundliches Mobilitätsverhalten in Verbindung gebracht. Von „Verkehrspargemeinden“ war bereits im NÖ-Landesverkehrskonzept 1997 erstmals die Rede, und mittlerweile hört man diese niederösterreichische Wortkreation schon im ganzen deutschsprachigen Raum. Trotz seiner sprachlichen Unschärfe setzt sich der Begriff immer mehr durch und wird erfahrungsgemäß auch richtig verstanden: Kfz-Verkehr soll eingespart und durch zu Fuß gehen, Rad-, Bus- und Bahnfahren ersetzt werden.

Entwicklung des Anteils des motorisierten Individualverkehrs bzw. des Radverkehrs



Quelle: Herry Verkehrsplanung/Consulting



Abbildung: p.good architekten, www.pgood.at

Die Idee der „Verkehrsparsiedlung“ ist ein weiterer Schritt im Sinn einer nachhaltigen Mobilität in Niederösterreich. Es geht dabei vor allem darum, es den BewohnerInnen leicht zu machen, umweltfreundlich mobil zu sein und auch psychologische Akzente zur Motivation zu einem umwelt- und klimafreundlichen Mobilitätsverhalten zu setzen. Wie bereits bei den „Verkehrspargemeinden“ erprobt, soll die angestrebte Veränderung des Verkehrsverhaltens bzw. der Verkehrsmittelwahl nicht über die Ausübung von Zwang erreicht werden, sondern über ausreichende und attraktive Angebote zur umweltfreundlichen Abwicklung von Verkehr. Daher ist eine „Verkehrsparsiedlung“ nicht unbedingt eine „autofreie Siedlung“, die außerhalb von größeren Ballungsgebieten ohnehin nur schwer realisierbar ist, sondern eine umwelt- und mobilitätsoptimierte Lösung für NÖ-Städte und Gemeinden.



Foto: Michael Praschl

Ergänzung zum Energieausweis für Siedlungen.

Das Modellprojekt „Verkehrsparsiedlung“ versteht sich in diesem Zusammenhang als Ergänzung und Detaillierung zum Projekt „Energieausweis für Siedlungen“ (siehe Seite 20). Während dieser in erster Linie auf die Bewertung der Standortwahl einer Siedlung und auf ihre städtebauliche Gestaltung (Parzellierungs- und Aufschließungskonzept, Verteilung der baulichen Dichte, Ausstattung mit Grünräumen etc.) gerichtet ist, zielt das Projekt „Verkehrsparsiedlung“ auf jene baulichen und organisatorischen Details, die dazu notwendig sind, der künftigen Wohnbevölkerung den alltäglichen Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel so angenehm wie möglich zu gestalten.

Vorzeigeprojekt gesucht. Städte und Gemeinden in Niederösterreich werden nun aufgerufen, sich am Modellprojekt „Verkehrsparsiedlung“ zu beteiligen und bei ihren Ausschreibungen den Aspekt der klimafreundlichen Mobilität verstärkt zu berücksichtigen.

Kontakt und Infos:

DI Christoph Westhauser, MAS
Amt der NÖ Landesregierung
Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten
Tel.:+ 43 2742 9005 15560
E-Mail: christoph.westhauser@noel.gv.at

„Mit dem Radl bis ins Wohnzimmer!“ Kriterien für eine Verkehrsparsiedlung:

Voraussetzung: Eine modellhafte Verkehrsparsiedlung sollte an einem gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossenen Standort liegen.

Weitere Aspekte:

- komfortable, sichere Radabstellung in unmittelbarer Wohnungsnähe – auch für Radanhänger („griffbereites Radl“), mit Ladestation für Elektroräder und Self-Service-Box
- sichere Radzufahrt möglichst nah zur Wohnung sowie Anbindung an örtliches Radwegenetz
- fußgängerfreundliche Infrastruktur, komfortable barrierefreie Wege – auch mit Einkaufstrolleys gut befahrbar, fußläufige Erreichbarkeit wichtiger Einrichtungen

- deutlich gekennzeichnete, teilweise auch witterungsgeschützte Fußwege mit attraktivem Leitsystem zum ÖV und zu anderen wichtigen Einrichtungen
- Car Sharing-/Leihfahrzeug-Möglichkeit in Siedlungsnähe, Nutzungsmöglichkeit für Elektroräder und Elektroautos („Autoteilen“)
- innovative Vermittlung von Fahrgemeinschaften der BewohnerInnen, bevorzugte Abstellmöglichkeit für gemeinsam genutzte Fahrzeuge etc.
- Kooperation mit Lieferdiensten, spezielles Lieferservice für BewohnerInnen
- gute Voraussetzungen für Telearbeit / Heimbüro etc.

Siedlungsentwicklung und Finanzausgleich –

eine Betrachtung im Lichte der Kostentransparenz.

Die Gemeinden Niederösterreichs unternehmen in unterschiedlichem Ausmaß Anstrengungen zur Erschließung neuer Siedlungen und Bauplätze. Um dieses Bestreben auch zu einem Gewinn für den Gemeindehaushalt zu machen, muss eine Vielzahl von Aspekten beachtet werden.



Als Begründung für diese Politik sind immer wieder dieselben Argumente zu hören: Steigerung der Einwohnerzahl, zumindest aber Verhinderung der Abwanderung. Dabei geht es neben der wirtschaftlichen Auslastung jener Basisversorgung, die für die Lebensqualität in einer Gemeinde ausschlaggebend ist – etwa Volksschule, Kindergarten, Nahversorger, Arzt oder Post(partner) – in erster Linie auch um die Steigerung, zumindest aber um die Erhaltung der Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich.

Die Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich haben in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gegenüber den eigenen Abgabeneinnahmen gewonnen: Die Durchschnittskopfquote der Ertragsanteile ist zwischen 2004 und 2007 jeweils um mehr als 3 % gewachsen, von 2006 auf 2007 sogar um über 7 %. Damit ist dieser Zuwachs stets über der Inflationsrate von 1,5 % bis 2,3 % gelegen.

Folgekosten berücksichtigen. Die alleinige Betrachtung der zu erwartenden Einnahmen aus den Ertragsanteilen greift allerdings wesentlich zu kurz, die ausgabenseitigen Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen sind nämlich vielfältig und dürfen keinesfalls unterschätzt werden: Bestehen noch ausreichend Kindergartenplätze oder muss der Kindergarten erweitert werden? Bietet die Volksschule ausreichend Platz? Muss die Ausrüstung der Feuerwehr ergänzt und erweitert werden? Darüber hinaus sind zusätzliche Aufgaben für den Bauhof wie etwa Winterdienst und Grünflächenbetreuung sowie Mehrkosten für Kinderspielplätze und Förderungen sozialer Einrichtungen (Kinderkrippen, Tagesmütter oder ähnliches) in der Kalkulation zu berücksichtigen. Bei Nichtbeachtung dieser Folgekosten droht die finanzielle Überlastung der Gemeinde, der Haushaltsausgleich wird gefährdet.



Alle Kosten und Nutzen müssen
genau kalkuliert werden, ...

Es ist somit unverzichtbar, die gesamtheitliche Betrachtung der Kosten und Nutzen der Siedlungsentwicklung im mittelfristigen Finanzplan der Gemeinde zu verankern. Eine Änderung der Rahmenbedingungen ist hier insoweit erfolgt, als seit 2008 die jährliche Feststellung der Einwohnerzahl für die Ermittlung der Ertragsanteile erfolgt. Davor wurde diese Berechnungsgrundlage nur alle 10 Jahre aktualisiert. Für wachsende Gemeinden ergibt sich daraus insofern ein Vorteil, als die mit den steigenden Einwohnerzahlen verbundenen Ertragsanteile sofort wirksam werden.

Kaufmännisch denken. Bei der Aufschließung von Bauland durch die Gemeinde sind folgende Punkte unbedingt zu beachten:

- Sofern die Gemeinde unmittelbar als Grundstücksan- und -verkäuferin tätig wird, müssen die Ankaufskosten durch die Verkaufserlöse gedeckt werden können. Die Kalkulation der Verkaufspreise hat damit nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu erfolgen. Dabei sind auch jene Flächen zu berücksichtigen, die künftig für die Verkehrserschließung oder auch als Grünflächen genutzt werden sollen. Diese müssen von der Gemeinde zunächst ebenfalls angekauft, können später aber nicht verkauft werden.
- Die wesentlichen Einnahmequellen der Gemeinden für die Finanzierung der erforderlichen Infrastruktur stellen die Aufschließungs- (für den Siedlungsstraßenbau) und die An-

schlussabgaben (für Wasserver- und -entsorgungsanlagen) dar. In vielen Fällen wird auf einen Teil der Aufschließungsabgabe verzichtet oder ein Teil an den Bauherren refundiert, um mit dieser Förderung einen Anreiz zur Begründung eines Hauptwohnsitzes zu bieten. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde wird dabei oftmals nicht berücksichtigt.

- Die Einheitssätze für die Infrastrukturkosten sollen grundsätzlich kostendeckend kalkuliert werden. Die Kostendeckung für den Straßenbau kann erst mit einem Einheitssatz zwischen 400,- und 600,- Euro erreicht werden. Um ein entsprechendes Verständnis der Bevölkerung für diese Höhe, die in einer namhaften Zahl von Gemeinden unterschritten wird, zu erzielen, sind die Kalkulationsgrundlagen (die aktuellen Straßenbaukosten!) zu veröffentlichen.



... damit die erforderlichen Aufwendungen
nicht zu Engpässen im Gemeindehaushalt führen.

Eine vollständige und transparente Betrachtung und Dokumentation der Kosten und Nutzen der Siedlungsentwicklung stellen daher nicht nur eine wesentliche Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen dar, sondern sind auch für die Information der Gemeindebevölkerung unverzichtbar. ■



Energieausweis für Siedlungen: Erste Erfahrungen in Königstetten.

Die Marktgemeinde Königstetten war gemeinsam mit Waidhofen an der Thaya die erste Gemeinde, in der der Energieausweis für Siedlungen getestet und im Rahmen eines neuen Örtlichen Raumordnungsprogramms zur Siedlungsoptimierung angewendet wurde.



In mehreren Entwürfen wurden zwei Siedlungsgebiete – „Friedhofstraße“ und „Schiepeln“ – in Zusammenarbeit mit der Gemeinde gestaltet. Vom ersten Entwurf bis zur Umsetzung in einen Bebauungsplan haben sich die Grundstücksanordnungen und –größen mehrmals geändert. Dabei waren auch die Interessen der GrundstückseigentümerInnen zu berücksichtigen.

Ein „C“ für die Friedhofstraße. Im Planungsprozess konnte Überzeugungsarbeit geleistet werden, die Grundstücksgrößen gegenüber dem ersten Entwurf etwas zu verkleinern. In der letztendlich beschlossenen Version des Teilungs- und Bebauungsplans stehen dadurch etwas mehr Grundstücke zur Verfügung, auf denen in weiterer Folge natürlich auch mehr Wohneinheiten errichtet werden können. Zugleich wurden die Verkehrsflächen optimiert und somit reduziert. Die so beeinflussten Erschließungskosten pro Wohneinheit und Jahr werden gesenkt, was sich auch merkbar in der Bewertung beim Energieausweis für

Siedlungen auswirkt. Dennoch erreicht dieser Bereich letztendlich nur die Bewertung „F“. Grund dafür ist die noch immer sehr geringe Bebauungsdichte, da es in diesem Bereich keine Geschosswohnbauten und nur wenige Reihenhäuser gibt.

Aufgrund der sehr guten Anbindung ans Ortszentrum, zu Freizeiteinrichtungen und an die soziale Infrastruktur in fußläufiger Entfernung sowie aufgrund der hohen Qualität der Lage, bei Bebauung und Freiräumen wird die Siedlung in der Gesamtbewertung mit „C“ eingestuft.

Ein „B“ für Schiepeln. Die gleichzeitig mit der „Friedhofstraße“ durchgeführte Planung der Siedlung „Schiepeln“ konzentriert sich auf etwas dichtere Bauformen sowie auf die Ansiedlung eines Kindergartens.

Auch in diesem Siedlungserweiterungsgebiet wurde im Laufe der Planung die Dichte erhöht: Noch etwas geringere bzw. optimierte Grundstücksgrößen als in der Friedhofstraße sowie die bereits angesprochenen Geschosswohnbauten führen zu einer guten Bewertung der Erschließungskosten pro Einwohner und

Vergleich der Siedlungen, im ersten Entwurf und im Beschluss des Teilungs- und Bebauungsplans

Marktgemeinde Königstetten Kenngrößen	Friedhofstraße		Schiepeln	
	1. Entwurf	Beschluss	1. Entwurf	Beschluss
Fläche	4,45 ha	4,43 ha	5,15 ha	5,10 ha
Grünfläche	0,22 ha	0,23 ha	0,22 ha	0,18 ha
Verkehrsfläche	0,99 ha	0,69 ha	0,58 ha	0,57 ha
Wohneinheiten (WE)	61 WE	63 WE	91 WE	105 WE
Bewertung	Wert Bewertung		Wert Bewertung	
Erschließungskosten (je WE und Jahr)	880,01 € G	819,15 € F	463,04 € C	385,16 € B
CO ₂ -Emissionen Verkehr (je WE und Jahr)	0,03 t A	0,03 t A	0,04 t B	0,04 t B
Qualität der Lage und Bebauung (Faktor)	2,65 B	2,80 B	2,33 B	2,38 B
Freiraumqualität (Faktor)	1,30 A	1,28 A	1,55 B	1,48 B
Gesamtbewertung	D	C	B	B

Jahr. Der Kindergarten erhöht durch die große Grundstücksfläche zwar die Erschließungskosten, jedoch wirkt sich dessen zentrale Lage sehr positiv auf die zurückzulegenden Wege aus. Ebenso positiv wirkt (wie in der Friedhofstraße) die zentral gelegene öffentliche Grünfläche. Die Freiraumqualität wird etwas schlechter bewertet als bei der Friedhofstraße, da die Geschosswohnungsbauten über keine privaten Grünflächen verfügen. Dadurch ist auch ein höherer Anteil an Freizeitverkehr zu erwarten, der sich wiederum in den etwas erhöhten CO₂-Emissionen pro Wohneinheit und Jahr bemerkbar machen wird. Aufgrund der zentralen Lage, der relativ hohen Dichte sowie der guten Versorgung mit Freizeiteinrichtungen und Erholungsräumen fällt die Gesamtbewertung mit „B“ sehr zufrieden stellend aus.

Innovativ umgesetzt: Baulandmobilisierung. Als zentrales Kriterium bei der Entwicklung von Siedlungsgebieten hat sich die tatsächliche Verfügbarkeit der neu zu erschließenden Grundstücke erwiesen. Hier ist Königstetten einen innovativen Weg gegangen: Gemeinsam mit einem Geldinstitut wurde eine Finanzierungsgesellschaft ins Leben gerufen, über die alle Liegenschaften angekauft, geteilt und weiterverkauft werden. Die GrundstückseigentümerInnen erhalten entsprechend einem Zeitplan, der mit der Freigabe der festgelegten Aufschließungs-



Effektives Sparen für eine gesicherte Zukunft der Kinder.

zonen gekoppelt ist, einen vorher vereinbarten m²-Preis. Dieser orientiert sich am Verkehrswert abzüglich aller erforderlichen Aufwendungen, wie z. B. der Abtretungen ins öffentliche Gut oder der Grundbuchskosten. Die Gemeinde hat so die Sicherheit, in den nächsten Jahren ausreichend Grundstücke mit optimaler Erschließung anbieten zu können.

Für die Zukunft abgesichert: Nahversorgung. Um eine entsprechende Wohnqualität sicherstellen zu können, wurde neben dem bereits erwähnten neuen Kindergarten auch der Standort für einen Nahversorger ausgewiesen und gesichert. Sollte sich die Nachfrage wie erhofft entwickeln, hat Königstetten bereits Vorkehrungen getroffen, ergänzende Einzelhandelsbetriebe ansiedeln zu können, die es derzeit im Ort nicht gibt.

Weiterführende Links:

<http://www.koenigstetten.gv.at/>
www.energieausweis-siedlungen.at

Die ersten 50 Gemeinden gewinnen: Förderung für den „Energieausweis für Siedlungen“!

Um den Zugang zu diesem neuen Planungsinstrument zu erleichtern, bietet Landesrat Johann Heuras den NÖ Gemeinden auch eine entsprechende Förderung: Die ersten 50 Gemeinden (gegliedert nach Hauptregionen), die einen Förderantrag zu diesem Pilotprojekt beim Amt der NÖ Landesregierung einbringen, erhalten bei Einhaltung des Fördervertrags die Kosten der Beratungsleistungen des Ortsplaners, jedoch maximal € 1.000,- rückerstattet.



Ziele des Pilotprojekts „Energieausweis für Siedlungen“ sind:

- Die Unterstützung der Gemeinden bei einer innovativen, nachhaltigen und zukunftsorientierten Raumordnung
- Die Erstellung von zusätzlichen Grundlagen für die Gemeinde zur fachlichen Diskussion in Entscheidungsprozessen
- Die Berechnung des Energie- und Kosteneinsparungspotentials in der Siedlungsentwicklung
- Die künftige Weiterentwicklung und Verbesserung des Moduls

Mindestanforderungen für die Förderung:

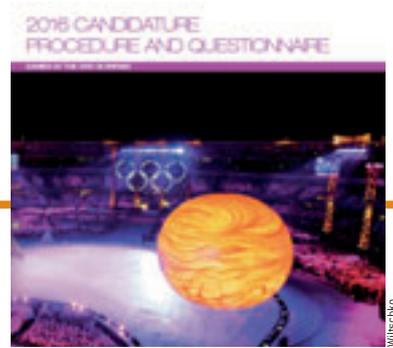
- Die Berechnung von zwei (vorzugsweise drei) Bebauungsvarianten für ein Siedlungsgebiet mit dem vom Land frei zur Verfügung gestellten Modul „Energieausweis für Siedlungen“ [siehe Download www.raumordnung-noe.at & www.energieausweis-siedlungen.at oder CD des Amtes der NÖ Landesregierung – erhältlich bei der Redaktion].
- Die Variantenentwürfe und die Untersuchungsdaten werden auf digitaler Basis dem Amt der NÖ Landesregierung zur Verfügung gestellt.

Der Fördergeber ist befugt, die Daten in einer elektronischen Datenbank anzuwenden und für die Weiterentwicklung des Systems zu nutzen.

Wir möchten den Gemeinden wichtige Entscheidungen in der örtlichen Raumordnung erleichtern und gleichzeitig Energie- und Kosteneinsparungspotentiale erkennbar machen“, beschreibt der in NÖ für Raumordnung zuständige Landesrat Johann Heuras die Ziele dieses neuartigen Instruments.

EINREICHSTELLE:

Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
Landhausplatz 1, Haus 16, 3109 St. Pölten, Tel.: 02742 9005 14255
energieausweis@raumordnung.at
www.raumordnung-noe.at
www.energieausweis-siedlungen.at



archdiploma2009

Die Wiener TU-Architekturbiennale rückt die besten Nachwuchs-ArchitektInnen und -RaumplanerInnen ins Rampenlicht!

Etwa 40 Diplomarbeiten werden vom 6. bis 31. Oktober 2009 in der Wiener Kunsthalle am Karlsplatz vorgestellt. Mit der Schau sollen Nachwuchs-ArchitektInnen und -RaumplanerInnen beim Berufsstart unterstützt und gleichzeitig der Dialog mit einer an Architektur und Raumplanung interessierten breiten Öffentlichkeit gefördert werden.

Zur Ausstellung erscheint ein Katalog – der Eintritt ist frei!

Vernissage und Preisverleihung: 6. Oktober 2009, 18 Uhr

Ausstellungsdauer: 7. – 30. Okt. 2009

Ausstellungsort: KUNSTHALLE wien project space karlsplatz, Treitlstraße 2, 1040 Wien



Erstmals werden im Rahmen der archdiploma2009 ergänzend zu den besten Architektur-Diplomarbeiten der letzten zwei Jahre auch die besten Abschlussarbeiten aus dem Bereich Raumplanung und Raumordnung präsentiert. Die Auswahl der auszustellenden Diplomarbeiten erfolgte Ende April 2009 durch eine fakultätsinterne Jury. Gezeigt werden 42 Arbeiten, davon 24 aus dem Bereich „Entwerfen“, zwölf aus dem Bereich „Theorie“ sowie sechs Raumplanungsarbeiten. ■

Information:

Dekanat der Fakultät für Architektur und Raumplanung
der TU Wien
Tel.: +43 (0)1 58801 25002



English Summary



Regional Disparities in the Field of Education: A Blind Spot in Regional Policy? Access to education and training systems after secondary education varies from region to region. This is particularly evident when comparing rural and urban areas. The lack of equal opportunities leads to undesirable effects such as social selection. A systematic approach to eliminating this effect is still lacking.

Education: A Key Issue in the Lower Austrian Regional Policy. The citizens' knowledge and creativity are essential aspects of a region's competitiveness and the driving forces for innovation and development. Education and training systems thus need to be constantly adapted to new challenges and further developed. This not only applies to primary and secondary education, but particularly to adult education and vocational training. Lower Austria pursues a comprehensive and well-balanced strategy in this respect.

Learning Regions: Educational Programme in Regional Development. This action campaign has been implemented as a separate subsidy programme within the 2007 – 2013 Rural Development Programme, with the aim of developing the Lifelong Learning scheme through a strategic and demand-oriented approach. The first step is to develop a regional strategic framework for education and training. This step will usually create a network that comprises the various approaches of the people involved, thus enabling a regional perspective and facilitating the bundling of resources, ideas and services.

“Dobrý den” – “Dobrý deň” – “Jó napot”: Focus on Languages in the Regions Near the Borders.

Since the Czech Republic, Slovakia and Hungary joined the EU, the Lower Austrian regions near the national borders have gained many new opportunities and perspectives. The regional development programmes on both sides of the national borders have to be coordinated to make the most of these opportunities. Cooperation is quite often hindered by language barriers, which is why Lower Austria intensively promotes a campaign to enhance language skills.

Waldviertel Youngster University 2009: Getting the Taste of University in an Open-air University. From 10 to 14 August the first Lower Austrian cross-border children's university courses were held in Raabs an der Thaya. Organized within the scope of the 2009 Lower Austrian Provincial Exhibition, this cooperation project of the Waldviertel Kleinregionen (microregions) not only aimed at encouraging young people to opt for university education, but also at fostering bilateral exchange. This project is to provide children and young people with information about academic programmes, helping them to overcome any feelings of apprehension or any doubts they might have.

“Verkehrsparsiedlung” (“Traffic Economy in Settlements”) Pilot Project: A Component of Environmental-Friendly Mobility. Not only the choice of location, but also a number of structural design strategies might influence the traffic behaviour of the future inhabitants and visitors of a new urban district. The Lower Austrian government provides municipalities with both technical and financial support for the development and implementation of pilot projects.

Settlement Development and Fiscal Equalization with Regard to Cost Transparency. Municipalities often argue that increasing profits from the fiscal equalization are the reason for pursuing an expansive settlement policy. The actual financial effects settlement development has on the municipalities' budgets, however, are manifold and interconnected. Various aspects have to be taken into account if the citizens' benefit is to be turned into a gain for the municipality's budget.

Energy Performance Certificate for Settlements: First Results in Königstetten. The market town Königstetten has tested the Energy Performance Certificate programme for settlement improvements in the course of preparing the new local spatial planning programme. During the planning stage stakeholders were convinced of the benefits of reducing the size of plots in order to allow a higher building density.

Der eilige Leser

Regionale Disparitäten im Bildungssystem: Ein „blinder Fleck“ in der Regionalpolitik? Der Zugang zu Bildungseinrichtungen nach dem Pflichtschulbereich ist regional sehr unterschiedlich. Insbesondere zwischen ländlich und städtisch geprägten Räumen sind die Chancen ungleich verteilt. Daraus entsteht ein unerwünschter sozialer Selektionsmechanismus, an dessen Beseitigung noch viel zu wenig konsequent gearbeitet wird.

Schlüsselgröße Bildung: Kein „blinder Fleck“ in der NÖ Regionalpolitik! Das Wissen und die Kreativität der Bevölkerung stellen wichtige regionale Standortfaktoren dar und dienen als wesentliche „Motoren“ für Innovation und Entwicklung. Daher muss der Bildungsbereich ständig an neue Herausforderungen angepasst werden. Dies gilt nicht nur für den Pflicht- und den weiterführenden Schulbereich, sondern gerade auch für die Erwachsenenbildung. Das Land NÖ verfolgt hierbei eine umfassende und ausgewogene Strategie.

LERNENDE REGIONEN: Bildungsansatz in der Regionalentwicklung. Diese Aktion wurde als eigene Fördermaßnahme in das Programm Ländliche Entwicklung 2007 bis 2013 implementiert, um den Themenkomplex Lebenslanges Lernen in der Region strategisch und bedarfsgerecht zu entwickeln. Am Beginn steht die Erarbeitung einer regionalen Lernstrategie. Dabei entsteht in der Regel auch jenes Netzwerk, das durch die verschiedenen Betrachtungsweisen der Beteiligten eine übergreifende Regionalsicht ermöglicht und auch ein Bündeln von Ressourcen, Ideen und Angeboten erleichtert.

„Dobrý den“ – „Dobrý deň“ – „Jó napot“: Bildungsschwerpunkt „Sprache“ in der Grenzregion. Durch den Beitritt Tschechiens, der Slowakei und Ungarns zur Europäischen Union haben die Grenzregionen Niederösterreichs vielfältige neue Chancen und Perspektiven gewonnen. Um diese Chancen richtig nutzen zu können, muss auch die Regionalentwicklung dies- und jenseits der Staatsgrenzen aufeinander abgestimmt werden. Diese Zusammenarbeit wird häufig von sprachlichen Barrieren behindert, daher setzt das Land NÖ auf eine ausgeprägte Sprachoffensive.

Junge Uni Waldviertel 2009: Unter freiem Himmel Universitätsluft schnuppern. Von 10. bis 14. August fand die erste grenzüberschreitende Jugenduniversität Niederösterreichs in Raabs an der Thaya als Begleitprojekt der NÖ Landesausstellung 2009 statt. Diese Kooperation der Kleinregionen des Waldviertels sollte nicht nur zu einer universitären Ausbildung anregen, sondern auch besonders den bilateralen Aus-

tausch fördern. Bereits in frühen Jahren sollen Kinder und Jugendliche auf akademische Ausbildungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht und Schwellenängste abgebaut werden.

Modellprojekt „Verkehrsparsiedlung“: Ein Baustein für umweltfreundliches Mobilitätsverhalten. Nicht nur die Standortwahl, sondern eine Vielzahl von baulichen Gestaltungsmaßnahmen kann das Verkehrsverhalten der späteren Nutzer eines neuen Ortsteils beeinflussen. Das Land NÖ bietet für Gemeinden sowohl fachliche, als auch finanzielle Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung entsprechender Modellvorhaben.

Siedlungsentwicklung und Finanzausgleich – eine Betrachtung im Lichte der Kostentransparenz. Die Steigerung der Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich wird von Seiten der Gemeinden oftmals als Argument dafür genannt, warum eine expansive Siedlungspolitik verfolgt wird. Die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen von Siedlungsentwicklungen auf den Gemeindehaushalt sind jedoch vielfältig und vernetzt. Um das Bevölkerungswachstum tatsächlich auch zu einem Gewinn für den Gemeindehaushalt zu machen, muss eine Vielzahl von Aspekten beachtet werden.

Energieausweis für Siedlungen: Erste Erfahrungen in Königstetten. Die Marktgemeinde Königstetten erprobte den Energieausweis für Siedlungen zwecks Siedlungsoptimierung im Rahmen der Erstellung des neuen Örtlichen Raumordnungsprogramms. Dabei konnte im Planungsprozess wichtige Überzeugungsarbeit geleistet werden, die Grundstücksgrößen zu verkleinern und dadurch die Bebauungsdichte zu erhöhen.



P.b.b. Vertragsnummer 07Z037287M
Verlagspostamt 3109 St. Pölten

www.noegv.at